

Antwort der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine des Bundes Deutscher Forstleute

1) Welche Prioritäten sehen Sie bei der Waldbewirtschaftung in Sachsen-Anhalt detailliert nach Eigentumsarten auch unter Beachtung der Rohstofffunktion?

Der Wald in Sachsen-Anhalt war in den letzten Jahren immer wieder extremen Belastungen ausgesetzt. Stürme, Wassermangel und Schädlingsbefall aber auch Waldbrände haben ihm zugesetzt. Die Waldschäden sind immens: 25.000 Hektar und damit 5 Prozent der Waldflächen in Sachsen-Anhalt sind kahl. 25 Prozent der Baumkronen sind verlichtet. Zunehmend sind Laubbäume betroffen. Und aufgrund des Wassermangels in den vergangenen drei Jahren sterben täglich weitere Bäume.

Über 13 Millionen Festmeter Schadholz waren und sind zu bewältigen. Hier ist die Aufgabe, aufgearbeitetes Holz möglichst zügig aus dem Wald zu bringen. Das Land sollte hier Körperschafts- und Privatwald stärker unterstützen, damit der Befall eingedämmt werden kann. Das Land sollte Holz aufkaufen, weitere Nasslager anbieten und beim Abtransport des Totholzes aus dem Wald stärker unterstützen.

Aber auch Waldverluste durch Umnutzung von Flächen sind ein zunehmendes Problem. Waldschutz, Wiederaufforstung und vor allem der Waldumbau sind die vordringlichsten Aufgaben. Dies sind Aufgaben für die gesamte Gesellschaft über Generationen. Wenn wir unsere Wälder dauerhaft sichern wollen, müssen wir dafür sorgen, dass sie an die veränderten klimatischen Bedingungen angepasst sind. Das bedeutet vor allem, dass die in der Vergangenheit aus Gründen der Wirtschaftlichkeit angepflanzten Monokulturen standortgerechten Mischwäldern weichen. Sie kommen mit dem Klimastress besser zurecht.

Aber auch die neugepflanzten oder ausgesäten Bäume leiden vor allem unter dem Wassermangel der vergangenen Jahre. Bei der Umsetzung der Waldstrategie ist deshalb eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis unerlässlich, damit durch die richtige Baumauswahl gesunde und klimastabile Wälder heranwachsen können. Dies nicht zuletzt auch, um als Holzlieferant und damit als wichtiger Wirtschaftsfaktor bestehend zu bleiben. Die aktuelle Debatte um den Mangel an Holz weist klar auf die Notwendigkeit hin, auch in Zukunft diesen Rohstoff in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung zu haben.

2) Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Unterstützung der Waldbesitzer?

Die Waldbesitzer stehen vor enormen Herausforderungen, die nur gemeinsam und im ständigen Dialog von Praxis, Verwaltung, Politik und Forschung zu bewältigen sind. Das Land muss gezielte Fördermöglichkeiten und unbürokratische Hilfe anbieten. DIE LINKE hat bereits im Juni 2018 dazu einen Antrag „Sofort-Maßnahmenprogramm für die Wälder in Sachsen-Anhalt“ (Drs. 7/2866) in das Parlament eingebracht. Von unseren konkreten Vorschläge werden einige bereits umgesetzt, so z.B. die Bereitstellung von mehr Personalstellen.

Vor allem aber werden erhebliche finanzielle Mittel benötigt. Die Aufarbeitung und Kalamitätsbekämpfung ebenso wie die Wiederaufforstung sind personal- und materialintensiv. Die Ökosystemdienstleistungen des Waldes müssen endlich honoriert werden. Außerdem müssen

die Förderrichtlinien dringend angepasst werden: Wenn in einem Jahr aufgrund der Niederschlagsituation das Pflanzen von Bäumen nicht sinnvoll ist, weil diese nicht anwachsen, dürfen die vorgesehenen Fördergelder nicht verfallen. Ein weiteres Problem besteht beim Mindestflächenbesatz, der nach Auffassung der Praktiker*innen nicht sinnvoll ist.

3) Wie stehen Sie zur Flächenstilllegung im Wald?

Bereits 1989 forderte die Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie, fünf bis zehn Prozent der Wälder aus der Nutzung zu nehmen. Im Jahr 2007 wurde die fünf-Prozent-Forderung als Maßnahme in die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt aufgenommen, die bis 2020 in allen Bundesländern umgesetzt werden sollte. DIE LINKE unterstützt das Fünf-Prozent-Ziel. Zu Waldstilllegungen darüber hinaus gibt es noch keine Verständigung. Dabei sind umweltpolitische Aspekte zu berücksichtigen. Stehen Flächen unter Naturschutz, oder können nur so Natura 2000-Vorgaben eingehalten werden, sind weitere Stilllegungen nicht auszuschließen. Der Wald soll als Erholungsort dienen aber auch als Rohstofflieferant und Ökosystem. Die nachhaltige Nutzung der Ressource Holz muss von der Industrie und Handwerk an den Erfordernissen des Natur- und Artenschutzes ausgerichtet werden.

4) Wie geht es mit der Privatwaldbetreuung in Sachsen-Anhalt weiter?

5) Welche Perspektiven sehen Sie in der Forstverwaltung auf den unterschiedlichsten Ebenen? (Aufgaben, Mittelbereitstellung, Personaleinstellung und -entwicklung/ Entlohnung etc.)

Sachsen-Anhalt hat bereits sehr große Forstreviere, die schon jetzt eine Bewirtschaftung in guter forstwirtschaftlicher Praxis erschweren. Eine Evaluierung der Folgen dieser Zusammenlegungen ist dringend notwendig, vor allem mit denjenigen, die in der Praxis in diesen geschaffenen Strukturen arbeiten. Aus unserer Sicht ist eine Vergrößerung der Reviere weder ökologisch noch wirtschaftlich sinnvoll und für die Beschäftigten sozial nicht vertretbar.

Die Forstwirtschaft muss durch die umgehende Besetzung freier Stellen nachdrücklich gestärkt werden. Um den Personalbestand der Förster*innen zu stabilisieren, muss mehr ausgebildet werden. Alle Ausgebildeten müssen ein Übernahmeangebot erhalten, um sie in Sachsen-Anhalt zu halten. Unser Wald braucht mehr und gut ausgebildetes und gut bezahltes Forstpersonal. Außerdem muss das Land noch stärker mit den Forstbetriebsgemeinschaften zusammenarbeiten.

6) Wie stehen Sie zur Anpassung der Besoldung der Beamten?

Damit künftig genügend Personal eingesetzt werden kann, muss nicht nur mehr ausgebildet, sondern auch besser bezahlt werden. DIE LINKE steht für die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes auf die Besoldung der Beamt*innen. Das beinhaltet auch die vollständige Anpassung der Sonderzahlung an die tariflichen Regelungen. DIE LINKE hatte entsprechend bereits 2019 beantragt, die Jahressonderzahlung ab 2019 um jährlich 200 Euro zu erhöhen, bis das tarifliche Niveau erreicht wird. Dafür wird sich DIE LINKE auch in der nächsten Legislatur einsetzen. Darüber hinaus muss der über Jahre hinweg bestehende Beförderungsstau schnellstmöglich abgebaut und höherwertige Stellen endlich dem übertragenen Dienstposten entsprechend bezahlt werden. DIE LINKE hat dies in der 7. Wahl-

periode wiederholt beantragt und gefordert, die seit Jahren anhaltende unbefriedigende Beförderungspraxis zu beenden und das Beförderungsbudget endlich so zu erhöhen, dass es für alle beförderungsfähigen Beamt*innen ausreicht.

7) Wie will das Land zukünftig das Cluster Holz unterstützen/ bedienen?

Die Agrar- und Forstwirtschaft ist für den ländlichen Raum unerlässlich. Deshalb brauchen wir eine starke Forstwirtschaft, um das Potential des Clusters Holz ausschöpfen zu können. Die Nutzung von Holz muss wieder verstärkt in den Blick genommen werden. Insbesondere im Bau sehen wir bisher wenig genutzte Möglichkeiten (Gewerbebauten). Auch sollte wieder mehr zu früher gängigen Holzbauteilen wie Türen und Fenstern zurückgekehrt werden. Durch diese Ersetzung werden zugleich andere Rohstoffe und deren energieaufwändige Herstellung reduziert. DIE LINKE hat in der Landesbauordnung bereits darauf hingewirkt, dass die Holzverarbeitung gefördert und die Brandschutzregeln angepasst werden.

Innovationen und Digitalisierung in der Produktion können die Wertschöpfung der Branche steigern und Wettbewerbsvorteile schaffen. Ein Beispiel dafür ist die Ansiedlung des finnischen Unternehmens UPM zur stofflichen Nutzung von Holz im Mitteldeutschen Revier und der Rahmenvereinbarung zur Lieferung von Nutzholz mit dem Landesforstbetrieb. Gleichzeitig werden dadurch dem Strukturwandel wichtige Impulse mitgegeben. Deshalb findet der Innovationshub „Zukunft Holz und Klima“ ausdrücklich unsere Unterstützung. Auch in der Wissenschaft (Forschung und Lehre) wollen wir dafür sorgen, dass das Thema „Bauen mit Holz“ an den Universitäten und Hochschulen in unserem Land stärker als bisher in den Fokus genommen wird.

8) Wie stehen Sie zum Thema „Jagd als Dienstpflicht“ für alle Beschäftigten mit forstlicher Ausbildung der Verwaltungen (Jagd gehört zum Berufsbild, Wildverbiss, Wildunfälle, ASP)?

Die „Jagd als Dienstpflicht“ ist für uns ein Thema, das auf Bundesebene angegangen werden muss. Die Waldstrategie 2020 hinterlässt den heimischen Wald im kranken Zustand. Eine ehrliche Analyse und wirkungsvolle Schlussfolgerungen sind zwingend notwendig. Die Jagd kann und soll einen Beitrag zur Bewältigung der Krise in den Wäldern leisten. Das Bundesjagdgesetz muss einen Dreiklang aus angepassten Wildbeständen an das Waldökosystem, einer stärkeren Berücksichtigung wildökologischer Nutzungsansprüche und einer Partnerschaft zwischen Jagd ausübenden und Waldbesitzenden sichern. Deshalb muss auch beim Thema Jagd die Ausgangslage und die künftigen Herausforderungen neu bewertet werden und in die angekündigte Novelle des Bundesjagdgesetzes (BJagdG) einfließen.

9) Wie stehen Sie zur möglichen privaten Dienstwagennutzung nach Steuerrecht (1%- Regelung) in der Forstverwaltung, insbesondere im Revierdienst?

Die private Dienstwagennutzung nach Steuerrecht ist in vielen Bereichen bereits gelebte Praxis. Wir würden uns dem Anliegen nicht verschließen, da es auch zu Arbeitserleichterungen (Fahrzeiten) und somit zur Motivation der Mitarbeitenden führen kann.